

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretariat EDA

2014 P 13.3151 Lagebeurteilung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa (Thomas Aeschi)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht auszuarbeiten, in welchem er den heutigen Stand der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union analysiert. Ziel soll ein umfassender Bericht sein, welcher dem Parlament und dem Schweizervolk darlegt, was die EU auf exekutiver, legislativer und judikativer Ebene tut und wie dies das tägliche Leben der Schweizerinnen und Schweizer beeinflusst. Die Vorgehensweise zum Erstellen des Berichtes soll sich am Vorgehen von Grossbritanniens «Review of the balance of competences» (32 Unterberichte) und am norwegischen Bericht «Outside and Inside – Norway's agreements with the European Union» (etwa 900 Seiten) orientieren.*

2015 P 14.4080 Evaluation der bilateralen Verträge mit der EU (Grüne Fraktion)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird gebeten, die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU im Einzelnen und in ihrer Gesamtheit in einem Bericht zuhanden des Parlamentes zu evaluieren.*

2018 P 17.4147 Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit (Martin Naef)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird eingeladen, Strategien und Massnahmen aufzuzeigen, welche den schweizerischen Unternehmen einen dauerhaften, einfachen und direkten Zugang zum europäischen Markt ermöglichen.*

Er wird gebeten darzulegen, wie er die Teilnahme der Schweiz an europäischen Kooperationen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Sicherheit, gewährleisten kann.

Der Bundesrat wird ausserdem eingeladen, seine Ziele und Massnahmen zu definieren, wie die Schweiz ihren grundsätzlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der europäischen Integration leisten kann und will.

2021 P 21.3618 Analyse der europapolitischen Optionen nach dem Scheitern des Rahmenabkommens (Sozialdemokratische Fraktion)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird ersucht, einen Bericht vorzulegen, in dem er die Auswirkungen, Vorteile und Nachteile der folgenden vier Optionen vergleicht:*

1. *Abbruch des bilateralen Wegs und vollständiger Übergang zum Status eines Drittstaats (= Option «Drittstaat»);*
2. *Beibehaltung der bestehenden bilateralen Abkommen ohne Aktualisierung oder Erneuerung der Zusammenarbeit (= Option «Einfrieren»);*

3. *formeller Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (= Option «EWR»);*
4. *Betritt zur Europäischen Union (= Option «EU»).*

Der Bundesrat soll diese Optionen insbesondere unter Berücksichtigung folgender Aspekte evaluieren:

1. *demokratische Souveränität und Teilnahme an Entscheiden, die die Schweiz betreffen;*
2. *Möglichkeit der Schweiz, ihre Interessen nachhaltig zu wahren;*
3. *Wahrung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wohlstands (Beschäftigung, Innovation etc.);*
4. *gesellschaftliche Entwicklung (namentlich Forschung, Bildung, Kultur, Umwelt);*
5. *Wahrung der geostrategischen Interessen der Schweiz.*

2021 P 21.3654 Europapolitik. Evaluation, Prioritäten, Sofortmassnahmen und nächste Schritte (Damien Cottier)

Eingereichter Text:

1. *Nach seinem Entscheid vom 26. Mai 2021, die Verhandlungen zu einem institutionellen Rahmenabkommen mit der EU abubrechen, wird der Bundesrat beauftragt, ohne Verzögerung erneut die Vor- und Nachteile der jeweiligen Optionen und der verschiedenen europapolitischen Instrumente zu evaluieren. Dabei soll er die Veränderungen seit Erscheinen seines Berichts vom 17. September 2010 in Erfüllung des Postulats Markwalder 09.3560 «Europapolitik. Evaluation, Prioritäten, Sofortmassnahmen und nächste Integrationschritte» berücksichtigen. Als Grundlage für diese Untersuchung dienen die im Europabericht 2006 aufgestellten Kriterien für die Weiterführung des bilateralen Wegs.*
2. *Gleichzeitig wird er beauftragt, einen Prioritäten-Katalog mit konkreten Massnahmen für die künftige Europapolitik vorzulegen, der namentlich darauf zielt, die im Legislaturprogramm 2019–2023 vom Parlament festgelegten Ziele zu erreichen, insbesondere Ziele 4, 5 (Ziff. 25–28), 7 (Ziff. 40), 12, 13 (Ziff. 55 und 56) und 14 (Ziff. 58).*
3. *Schliesslich wird er beauftragt, die künftigen Schritte der schweizerischen Europapolitik auszuführen, mit dem Ziel, die bisherigen bilateralen Beziehungen mit der EU zu konsolidieren und weiterzuentwickeln. Dabei soll er die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen sowie die möglichen positiven und negativen Folgen einer Nichtunterzeichnung des institutionellen Rahmenabkommens herauszuarbeiten. Zudem soll er in diesem Kontext die zahlreichen Erwartungen insbesondere der Wirtschaft, der Bildung und Forschung und der Zivilgesellschaft berücksichtigen.*

2021 P 21.3667 Europapolitische Alternativen. Es braucht eine ehrliche
Auslegeordnung (Grüne Fraktion)

Eingereichter Text: *Der überhastete Abbruch der Verhandlungen zu einem institutionellen Rahmenabkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU durch den Bundesrat widerspricht der bisherigen Analyse des Bundesrats und seiner Legislatur- und Jahresplanung. Zudem hat der Bundesrat bisher keinen glaubwürdigen Plan B für die Weiterentwicklung der Beziehungen zur Europäischen Union vorgelegt.*

Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem er die Auswirkungen, Vorteile und Nachteile verschiedener europapolitischer Optionen vergleicht – unter Bezug auf die vom Bundesrat identifizierten, aber weiterhin unter Verschluss gehaltenen Risiken. Dabei sollen nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Schweiz (Binnen- wie Exportwirtschaft) und der Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden, sondern auch die Zusammenarbeit in Bildung, Forschung, Innovation und Klimaschutz und der Schutz des Service Public, sowie die finanziellen Folgen.

1. *Die mindestens zu prüfenden Optionen:*
 - a. *Kündigung der Bilateralen;*
 - b. *Beibehalt der Bilateralen;*
 - c. *Wiederaufnahme der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen;*
 - d. *EWR-Beitritt;*
 - e. *EU-Beitritt.*
2. *Der Bundesrat soll diese Optionen insbesondere im Hinblick auf folgende Aspekte evaluieren:*
 - a. *Zeitliche Dimension: wie rasch kann ein beschlussreifes Dossier vorgelegt werden;*
 - b. *Umfang und Machbarkeit allfällig nötiger innenpolitischer Gesetzesanpassungen;*
 - c. *Umsetzung der vormaligen Verhandlungsziele des InstA (Lohnschutz, UBRL, Staatl. Beihilfen, Modalität der Rechtsübernahme) und der dort bereits erreichten Konzessionen/Immunisierungen (z. B. im Alp-Transitverkehr);*
 - d. *Autonomer Handlungsspielraum der Schweiz;*
 - e. *Integration in das direktdemokratische System der Schweiz.*

2022 M 21.4184 Eine nachhaltige Strategie für die Beziehungen zwischen
der Schweiz und der EU erarbeiten (Thomas Minder)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, eine mittel- und längerfristige Strategie für eine nachhaltige Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Union zu erarbeiten.*

2022 P 21.4450 Die Leistungen der Schweiz für die EU analysieren und quantifizieren (Heidi Z'graggen)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, seinen Bericht zu den Beziehungen mit der EU um die Analyse der Leistungen der Schweiz zu Gunsten der EU zu ergänzen. Zu denken ist dabei neben den bekannten Export- und Importleistungen (Handelsbilanz), insbesondere an:*

- *die Leistungen/Investitionen im Bereich des alpenquerenden Transitverkehrs (Güter- und Individualverkehr) wie Bau der NEAT, Sanierung des Gotthardstrassentunnels (mit dem Bau 2. Gotthardstrassentunnels), Sanierungen der Transitstrassen wegen übermässigen Belastungen durch den Transitverkehr (Erhöhung 28 t auf 40 t), Stautunden, CO₂ Belastung;*
- *Leistungen im Bereich des Stromtransits, zur Bereitstellung der Trasses und deren (un)genügenden Abgeltungen;*
- *Abschöpfungen der höheren Kaufkraft in der Schweiz durch Unternehmen der EU Mitgliedsländer (bewusst höhere Preise für Schweizer Konsumenten und Unternehmen);*
- *Leistungen der Schweiz für die Grenzgängerinnen und Grenzgänger und Auswirkungen auf das Steuersubstrat der Schweiz;*
- *Kosten der Personenfreizügigkeit auf Wohnungspreise, Umweltgüter (z. B. Energieverbrauch, CO₂ Belastung, Landverbrauch), Stautunden, Sozialwerke und deren (negativen) Wirkungen auf das BIP der ansässigen Bevölkerung;*
- *Studierende aus der EU und deren Kosten auf die Bildungsausgaben von Bund und Kantonen, allfällige Stipendien und weitere Ausbildungsbeihilfen;*
- *allfällige Sozialleistungstransfers;*
- *usw.*

2022 P 22.3172 Die Wichtigkeit des bilateralen Wegs für die Grenzkantone einschätzen (Vincent Maitre)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, seinen Bericht zur Europapolitik durch eine Einschätzung der speziellen Bedeutung des bilateralen Wegs für den Wohlstand der Grenzkantone zu vervollständigen.*

Zunächst soll diese Analyse auf präzise, dokumentierte, quantifizierte und mit Beispielen versehene Weise den Beitrag des bilateralen Wegs zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Grenzkantone einschätzen. In einem zweiten Teil soll sie alsdann die möglichen Risiken aufzeigen, die bei einer Schwächung der bilateralen Verträge in den folgenden Bereichen drohen:

- *die Risiken einer möglichen Nichterneuerung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) für den Arbeitsmarkt der Grenzkantone, insbesondere mit Blick auf die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme (Anhang II) und die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen (Anhang III);*

- *die Risiken einer teilweisen Nichterneuerung des Abkommens über den Abbau technischer Handelshemmnisse für die grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten, insbesondere in der trinationalen Metropolregion Oberrhein;*
- *die Risiken einer allfälligen Nichterneuerung des Luftverkehrsabkommens (LVA) für den internationalen Flughafen von Genf;*
- *die Risiken eines Ausschlusses der Schweiz aus dem Programm Horizon Europe für Forschungsprojekte, an denen Universitäten aus derselben grenzüberschreitenden Region gemeinsam beteiligt sind;*
- *die Risiken für die Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit in der Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Gesundheit, die durch die Sackgasse, in der sich unsere bilateralen Beziehungen mit der EU befinden, verbaut werden können.*

Postulatsbericht vom 9. Juni 2023 «Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz–EU».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Postulate und der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2021 P 21.3967 Verbesserung der Beziehungen mit Taiwan
(Aussenpolitische Kommission NR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat legt in einem Bericht dar, in welchen Bereichen im Interesse von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur die bestehenden Beziehungen zur Republik China (Taiwan) graduell vertieft werden können.*

Postulatsbericht vom 19. April 2023 «Beziehungen zu Taiwan (Chinesisches Taipei): aktueller Stand und Vertiefungsmöglichkeiten».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

2020 P 20.3469 Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen
und zur Bekämpfung ihrer Ursachen
(Aussenpolitische Kommission NR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, mit welchen Massnahmen die Schweiz im Rahmen der Strategie der Internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 einen stärkeren Beitrag zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen im Sinne einer längerfristigen Resilienzstrategie leisten kann.*

Postulatsbericht vom 16. August 2023 «Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.